

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 42. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Dezember 2007, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Lehrerbildung (Lehrerbildungsgesetz)	5
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1700	
b) Zwischenbericht der Landesregierung zur Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte	
2. Bericht der Landesregierung zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	7
Antrag der Abg. Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/2667	
3. Religionsunterricht an den Schulen in Schleswig-Holstein	8
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1677	
4. Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein	9
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1456	
hierzu: Umdrucke 16/2533, 16/2583, 16/2596, 16/2611, 16/2614, 16/2625, 16/2659	
5. Leseförderung	11
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/1586	
Vorlage des Bildungsministeriums Umdruck 16/2556	

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 6. | Bericht des Bildungsministeriums über die zukünftige Durchführung von zentralen Abschlussprüfungen in der Jugendanstalt Schleswig und der Teilanstalt Neumünster und über Möglichkeiten, dort Ausnahmeregelungen von der zentralen Abschlussprüfung zuzulassen | 13 |
| 7. | Terminplanung
Umdruck 16/2493 (neu) | 14 |
| 8. | Verschiedenes | 15 |

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Lehrerbildung (Lehrerbildungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1700

b) Zwischenbericht der Landesregierung zur Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte

- a) Der Ausschuss kommt überein, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, binnen einer Woche Anzuhörende zu benennen.

Abg. Dr. Klug bittet das Ministerium, in einem Umdruck zusammenzustellen, welche Arten der Anerkennung von Lehrbildungsabschlüssen es zwischen den Bundesländern gibt und wie diese abgestuft sind. - Die Landesregierung sagt dies zu.

- b) Zu diesem Tagesordnungspunkt bittet Abg. Birk die Landesregierung darum darzustellen, welche Planungen es seitens des Ministeriums im Hinblick auf dieses Gesetz gebe.

Zur Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte führt St de Jager aus, die Beschlussfassung der Kultusministerkonferenz vom 15. und 16. Juni dieses Jahres führe dazu, dass das bisher in Flensburg angedachte Modell der Bachelor- und Masterausbildung über 2010 hinaus keine Anerkennung finde. Der 2005 eingerichtete Bachelorstudiengang Vermittlungswissenschaften könne von den im Jahr 2008 fertig werdenden Absolventen durch einen einjährigen Masterstudiengang ergänzt werden, der zurzeit ausgearbeitet werde. Das Akkreditierungsverfahren laufe und man gehe davon aus, dass zum Wintersemester 2008/2009 ein akkreditierter Masterstudiengang vorliege. Dieser könne allerdings nur bis 2010 angeboten werden, danach müsse ein zweijähriger Masterstudiengang mit 300 ECTS-Punkten angeboten werden. Das in Schleswig-Holstein geplante Modell sehe vor, ein Jahr des Vorbereitungsdienstes pauschal als zweites akademisches Jahr für den Master anzuerkennen. Dazu sei jedoch eine Einigung zwischen der Hochschulrektorenkonferenz und dem Ministerium notwendig. Es habe erste Gespräche gegeben, ein Ergebnis liege aber noch nicht vor.

Es gebe zudem eine Steuerungsgruppe, die aus Vertretern des Bildungsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, der Universitäten Kiel und Flensburg sowie Vertretern des UK S-H bestehe. Ziel dieser Steuerungsgruppe sei, die Möglichkeit der Anpassung des Masterstudiengangs in Flensburg an die Vorgaben der Kultusministerkonferenz zu erörtern. Man wolle bis 2008 eine endgültige Entscheidung treffen, um den Studierenden an der Universität Flensburg Planungssicherheit zu geben. Im Rahmen der Arbeit der Steuerungsgruppe seien auch erste phasenübergreifende Curricula entwickelt worden, mit denen die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Kiel und Flensburg verbessert und die bessere Übertragung von ECTS-Punkten innerhalb Schleswig-Holsteins vorbereitet werden könne. Nähere Ausführungen zu diesem Thema könnten erst gemacht werden, wenn es genauere Informationen über die Rahmenvereinbarung zwischen der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebe.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, wie mit dem Problem umgegangen werden solle, dass die Zahl der Studierenden, die ihren Abschluss machen könnten, durch die verfügbaren Referendariatsplätze beschränkt sei. Auf diese Weise könne es zu Wartezeiten von ein bis zwei Jahren kommen, bevor die Betroffenen ihr Studium abschließen könnten. - St de Jager führt aus, es gebe zwei Möglichkeiten. Entweder es gebe Wartezeiten, die im Unterschied zu jetzt nur vor dem Abschluss des Studiums lägen, oder man passe die Übergangsquote von Bachelor zu Master an die zu erwartende Zahl von Plätzen im Vorbereitungsdienst an.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Klug, wann die Masterarbeit geschrieben werden solle, führt St de Jager aus, dies sei optional, es bestehe die Möglichkeit, die Masterarbeit vor dem Vorbereitungsdienst oder während des Vorbereitungsdienstes anfertigen zu lassen. In dieser Frage befinde man sich noch im Abstimmungsprozess.

Auf eine dritte Frage des Abg. Dr. Klug merkt St de Jager an, dass das Absolvieren von Studienleistungen außerhalb der Hochschule hochschulrechtlich unproblematisch sei, da in den Bestimmungen der Kultusministerkonferenz festgelegt sei, dass bis zu 50 % der Arbeitsleistung für einen Masterabschluss außerhalb der Hochschule erfolgen könne.

Auf eine Bitte der Abg. Birk sagt St de Jager zu, dem Ausschuss eine Auflistung der Absolventenzahlen im Lehrerstudium an der CAU und an der Universität Flensburg - aufgelistet nach einzelnen Fächern - zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Auflistung solle auch das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden hervorgehen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Antrag der Abg. Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2667

Die Vorsitzende schlägt vor, die Beratung des Antrags zu verschieben, bis der sehr ähnlich lautende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1767, im Plenum behandelt worden sei. Nach kurzer Diskussion votiert der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Vertagung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Religionsunterricht an den Schulen in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1677

(überwiesen am 22. November 2007 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss kommt überein, dem Wunsch der antragstellenden Fraktion zu folgen und eine mündliche Anhörung zu diesem Thema durchzuführen.

Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende binnen einer Woche der Geschäftsführung des Ausschusses gegenüber zu benennen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1456

(überwiesen am 12. Juli 2007 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/2533, 16/2583, 16/2596, 16/2611, 16/2614, 16/2625,
16/2659

Zum Teilaspekt des Berufsschulsystems interessiert Abg. Dr. Klug, ob das Ministerium plane, noch mehr Assistentenausbildungsgänge einzurichten, denkbar seien zum Beispiel Ausbildungsgänge wie ein technischer Assistent Informatik, wie es ihn bereits in Hamburg gebe. - St Dr. Meyer-Hesemann führt aus, man werde die Angebote der Schulen überprüfen und dieses Thema mit den Kammern besprechen müssen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Klug zu den einjährigen Berufsfachschulen führt St Dr. Meyer-Hesemann an, man müsse die weitere Entwicklung abwarten. Fraglich sei, ob man insgesamt verhindern könne, dass ein gewisser Anteil an Schülern die Schule ohne Abschluss verlasse. Zur Frage, ob angedacht sei, das AvJ auch für ältere Jugendliche über 18 Jahre anzubieten, merkt St Dr. Meyer-Hesemann an, dass dies bisher nicht angedacht sei. Für Jugendliche und junge Erwachsene über 18 Jahren gebe es alternativ die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ).

St Dr. Meyer-Hesemann bestätigt auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Klug, dass für den Masterstudiengang für gewerblich technische Berufsschullehrer an der Universität Flensburg für das kommende Semester nur drei Einschreibungen vorlägen.

Zuletzt möchte Abg. Dr. Klug wissen, ob die Information zutreffe, dass es im viersemestrigen Masterstudiengang nicht möglich sei, die Studienleistungen für das geforderte zweite Fach zu erbringen. - St Dr. Meyer-Hesemann führt aus, dass es auch Aufgabe der Hochschulen sei, das Konzept des Masterstudiengangs so zu gestalten, dass beide Fächer in der vorgegebenen Zeit miteinander zu studieren seien.

Auf eine Informationsfrage der Abg. Birk erklärt sich St Dr. Meyer-Hesemann bereit, eine eventuell von der Kultusministerkonferenz vorliegende Zusammenstellung von Erfahrungsbe-

richten anderer Bundesländer mit überbetrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium sei darüber hinaus bereit, von der Wirtschaft bestehende Bedarfe, die durch die duale Ausbildung nicht gedeckt würden, aufzunehmen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Darüber hinaus führt er aus, das Handlungskonzept Schule-Arbeitswelt sei mit 75 Lehrerstellen kofinanziert. Diese Stellen erhielten aber nicht die JAWs als jeweilige Kooperationspartner. Diese Stellen würden für Lehrertätigkeit verwendet und dienten dazu, präventive Arbeitsmarktpolitik in die Schule vorzuziehen. Das Instrument, das haushaltsrechtlich zur Verfügung stehe, um diese Stellen zu nutzen, sei „Geld statt Stellen“. Es werde geprüft, ob im kommenden Doppelhaushalt 2009/2010 diese Stellen speziell ausgewiesen werden könnten. Darüber hinaus werde das Handlungskonzept auch evaluiert und werde - falls erforderlich - nachgesteuert. Es gebe einen regen Erfahrungsaustausch mit den beteiligten Stellen. Zum Ende des Schuljahres sei eine Evaluation geplant, über die im kommenden Schuljahr berichtet werden könne.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Leseförderung

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1586

(überwiesen am 14. September 2007)

Vorlage des Bildungsministeriums
Umdruck 16/2556

Im Zusammenhang mit dem Antrag von CDU und SPD berichtet St Dr. Meyer-Hesemann über ein Projekt, das die Stiftung Lesen zusammen mit dem sächsischen Staatsministerium für Soziales im Jahr 2006 gestartet habe und das jetzt mit einer Laufzeit von zwei Jahren angeboten werde. Ziel sei, bundesweit alle Familien mit einjährigen Kindern zu erreichen und die Eltern motivieren, mit den Kindern zu lesen. Dafür gebe es ein Leseset, das unter anderem Bücher und Handreichungen umfasse. Die Stiftung Lesen sei bereit, bundesweit 500.000 solcher Sets zur Verfügung zu stellen. Diese Menge würde - auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen - ungefähr ein Drittel der Familien mit einjährigen Kindern abdecken. Die Planung der Stiftung Lesen sehe vor, dass die Startersets, die im Rahmen der U6-Untersuchung verteilt werden sollten, zu einem geringen Anteil von der Wirtschaft und zu einem größeren Anteil vom Land finanziert werden sollten. Für die circa 15.000 vom Land zu finanzierenden Bücherpakete entstünden auf diese Weise Kosten von über 100.000 €. Hinzu komme der logistische Aufwand, der noch nicht ermittelt sei. Ein Einstieg in das Projekt bedeute für die kommenden zwei Jahre jeweils Kosten von mindestens 120.000 €. Nach zwei Jahren werde die Unterstützung der Stiftung Lesen wegfallen, eine Weiterführung des Projekts verursache dann 160.000 bis 200.000 € Kosten nur für die Büchersets. In der Sache sei das Projekt sehr gut, innerhalb des Doppelhaushalts verursache es jedoch Finanzierungsprobleme.

Abg. Birk regt an, einen Probelauf durchzuführen, um festzustellen, auf welchen Wegen man die Bücher kostengünstig verteilen könne. Darüber hinaus sei es wichtig, das Projekt zu begleiten und Verbindlichkeit zu schaffen, um einen Erfolg sicherzustellen.

Abg. Weber hält die Initiative für grundsätzlich unterstützenswert, weist aber darauf hin, dass es bereits ähnliche Initiativen zum Beispiel vom Büchereiverein gebe.

St Dr. Meyer-Hesemann plädiert dafür, die Details mit dem zuständigen Familienministerium zu erörtern, da nur dieses auch über die für das Projekt notwendige Infrastruktur verfüge.

Im Zusammenhang mit dem Projekt zur Leseförderung bewertet Abg. Birk die auf kommunaler Ebene stattfindende Schließung von Büchereien kritisch.

Auf eine Nachfrage der Abg. Birk zur statistischen und inhaltlichen Bedeutung der Verbesserung bei den PISA-Ergebnissen führt St Dr. Meyer-Hesemann aus, dass die bei PISA erreichte Punktzahl Deutschlands im Lesen zwar kontinuierlich gestiegen, gleichzeitig aber der OECD-Durchschnitt abgesunken sei. Aus dieser eher geringen Veränderung könne man nicht auf eine wirkliche Verbesserung schließen, was einerseits enttäuschend sei, andererseits jedoch dadurch erklärbar, dass viele der jetzt getesteten Schüler die zur Lese- und Mathematikförderung eingesetzten Instrumente nicht mitgemacht hätten, da sie zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr Grundschüler gewesen seien. Aus diesem Grunde müsse man auf längerfristig einsetzende Effekte warten. Bei den Naturwissenschaften falle die Verbesserung deutlicher aus, jedoch gebe es hier aufgrund unterschiedlicher Testschwerpunkte Differenzen zwischen den einzelnen Auswertern. Insgesamt gebe es einen positiven Trend, jedoch müssten die Bemühungen weiter fortgesetzt werden.

Die Vorsitzende fordert die Fraktionen auf zu prüfen, ob eine Teilnahme an dem Lesestart eine Option sei. Im laufenden Doppelhaushalt könne dies nicht finanziert werden.

Der Ausschuss kommt überein, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD für erledigt zu erklären.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über die zukünftige Durchführung von zentralen Abschlussprüfungen in der Jugendanstalt Schleswig und der Teilanstalt Neumünster und über Möglichkeiten, dort Ausnahmeregelungen von der zentralen Abschlussprüfung zuzulassen

(auf Antrag der Abgeordneten des SSW)

St Dr. Meyer-Hesemann berichtet, man habe sich mit dem Justizministerium und dem Pädagogischen Dienst der Justizvollzugsanstalten verständigt. Man wolle in der kommenden Prüfungsordnung besondere Regelungen vorsehen, die den Problemen und Bedürfnissen der Justizvollzugsanstalten und der dort einsitzenden jungen Menschen Rechnung trügen. Die Praxis solle weiterhin sehr flexibel bleiben, In den Jahren 2002 bis 2006 seien insgesamt 134 Hauptschulabschlüsse und 29 Förderschulabschlüsse erteilt worden. Hinzu gekommen seien 56 Zeugnisse der Kreisberufsschule.

Abg. Dr. Klug interessiert, ob das Ministerium auch entsprechende Sonderregelungen für Jugendliche plane, die im Rahmen von Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit ihren Schulabschluss nachholen sollten. Problematisch sei in diesem Zusammenhang einerseits das Erfordernis, einheitliche Standards zu schaffen, und andererseits die Schwierigkeit, für diese Jugendlichen im Fach Englisch eine Hürde zu schaffen, die diese kaum überwinden könnten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Terminplanung

Umdruck 16/2493 (neu)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2008 (Umdruck 16/2678). Die Vorsitzende weist gesondert auf den 21. April 2008 hin, an dem eine Bereisung des Bildungsausschusses vorgesehen sei.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Birk möchte wissen, wann die Kleine Anfrage der Abg. Heinold Drucksache 16/1662 zur Privatschulfinanzierung im Ausschuss behandelt werde. - Die Vorsitzende führt aus, man habe das Thema mit dem Einverständnis von Abg. Heinold von der Tagesordnung genommen, da es in den großen Fraktionen noch Diskussionsbedarf gebe.

- b) Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden führt St Dr. Meyer-Hesemann aus, in diesem Jahr gebe es noch eine Erweiterung der PISA-Studie, die im Herbst nächsten Jahres erscheinen werde. Danach werde weiterhin ein Ländervergleich stattfinden, dann allerdings durchgeführt vom IQB. Der Ländervergleich werde dann auch an den Bildungsstandards der KMK gemessen. Diese Änderung trete ab 2009 in Kraft.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer